

Erzgeb. Volksfreund

Das Tageblatt und Amtsblatt

Telegraphen-Adressen:
Volksfreund Schneeberg.

Briefmarken:
Schneeberg 10.
Aue 81
Schwarzenberg 19.

für die fgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustadt, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Nr. 103.

Der „Erzgeb. Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Feiertagen. Monatssatz monatlich 60 Pf.
Auflage: im Buchdruckerei der Stadt der 6 J. Auflage 12 000. bez. für ausländische 15 000. Im amtlichen Teil der Stadt der 6 J. Auflage 45 000. Im Rest-Kreis der 2 J. Auflage 20 000.

Sonnabend, 4. Mai 1907.

60.
Jahrg.

Sämtliche Mitteilungen und Ankündigungen, die für die am Nachmittag erscheinende Nummer bestimmt sind, werden bis spätestens vormittags 11 Uhr erbeten.

Expedition des „Erzgeb. Volksfreund“.

Die Schulvorstände werden darauf aufmerksam gemacht, daß Gesuche um Gewährung von Staatsbeihilfen zur Besteitung des Aufwandes für die Fortbildungsschulen auf das laufende Jahr bis

zum 15. Mai dieses Jahres

einzureichen und außer den in § 16 Absatz 5 der Ausführungsverordnung zum Volkschulgesetz vom 25. August 1874 vorgeschriebenen Unterlagen eine tabellarische Anzeige über das Stiftungsrecht, die Zahl der Schüler, Lehrer und Klassen, die Lehrerhonorare und die sonstigen Ausgaben, sowie die etwaigen Einnahmen, ferner ein Schulplan und Angaben über etwaige Verbindung mit einer gewerblichen Fortbildungsschule oder der gleichen beizufügen sind. Solchen Gemeinden, die in der obligatorischen Fortbildungsschule nicht mehr als 2 Stunden wöchentlich Unterricht pro Klasse erteilen lassen, werden übrigens keine Staatsbeihilfen gewährt.

Schwarzenberg, am 30. April 1907.

Die Königliche Bezirkschulinspektion.

Folgende im Grundbuche für Thierfeld auf den Namen des Inspektors Dr. Hermann Schmalz in Zwönitz eingetragenen Grundstücke sollen, nachdem der auf den 29. April 1907 anberaumt gewesene Versteigerungstermin aufgehoben worden,

Montag, den 24. Juni 1907, vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden:

1., Blatt 73, nach dem Flurbuche 12 Hektar 40,7 Ar groß, auf 23500 M — 3 geschägt, bestehend aus Wohngebäude mit Stall, Scheune und Wagenschuppen, Nr. 67 des Brandkatasters und den Flurstücken Nr. 126, 127a, 127b, 128, 264, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 280, 281, 282, 676, 677 und 678 des Flurbuchs für Thierfeld und mit 274,87 Steuereinheiten belegt.

2., Blatt 153, nach dem Flurbuche 1 Hektar 66 Ar groß, auf 3000 M geschägt, bestehend aus den Flurstücken Nr. 264b und 264d des Flurbuchs für Thierfeld und mit 37,95 Steuereinheiten belegt.

Die Einrichtung der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus den Grundstücken sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 27. September 1906 verlaubten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgezogen werden würden.

Diejenigen, die ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes treten würde.

Hartenstein, den 1. Mai 1907.

Königliches Amtsgericht.

England und die Kolonialkonferenz.

Die Kolonialkonferenz hat seit zwei Tagen die Resolution der Premierminister der verschiedenen Kolonien beraten, welche gegenseitige Vorzugsbearbeitung in den Handelsbeziehungen der Teile des Reiches zu einander befürworten. Der australische Premierminister Deakin betonte bei den Verhandlungen, daß die Kaufkraft des britischen Reiches einheitlich genutzt werden solle, dadurch würden die Mächte, die das britische Reich differenziell behandeln, den Wunsch nach einem Vertrage bekommen. Eine Erhöhung der augenblicklich australischen Einfuhrzölle unter Gewährung von Vorzügen an britische Waren würde Australien in den Stand setzen, die fremden Waren durch britische zu ersetzen und eine große Vermehrung des Handels zwischen England und Australien herbeiführen. Das Wachen des Gefühls der körperschaftlichen Einheit des Reiches müsse anerkannt werden. Der neuseeländische Premierminister Ward sprach sich für eine Unterstützung der Schiffahrtsverbindungenlinien des Reiches aus. Premierminister Jameson von der Kapkolonie sprach sich dafür aus, die Vorzugsbearbeitung probeweise zu versuchen, besonders dem südwestafrikanischen Wein und Tabak eine Vorzugsbearbeitung zu gewähren, und appellierte an den österreichisch-ungarischen Minister des Außen- und Freiherrn v. Lehrenthal, daß der Kapkolonie einige kleine Zugeständnisse gewährt werden sollten. Die Kapkolonie sei einstimmig dafür, Großbritannien eine Vorzugsbearbeitung zu gewähren, wenn eine auch noch so geringe Widerständigkeit vorhanden wäre. Alle Kolonien hätten

sich schon geeinigt, sie wünschten, daß die Reichsregierung sich Fragen gesprochen. Frhr. v. Lehrenthal verbleibt morgen, ihnen anschließen und dadurch für das ganze Reich die günstigste Bedingung vom Ausland sicherte.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Berlin, 2. Mai. Der Kaiser traf heute früh 7 Uhr auf dem Truppenübungsplatz Döberitz ein und besichtigte dort die drei Bataillone des 1. Garderegiments zu Fuß und das Lehrinfanterie-Bataillon. Hieran schloß sich eine größere Gesellschaftsübung unter Hinzuziehung anderer Waffengattungen und ein Paradesmarsch der Bataillone. Hierauf nahm der Kaiser die Rapporte der Leibregimente entgegen. Von Döberitz aus fuhr der Kaiser im Automobil nach Potsdam, wo er um 2 Uhr eintraf. Heute Abend nimmt der Kaiser an einem Diner beim Offizierskorps des 1. Garderegiments anlässlich des 50-jährigen Dienstjubiläums des Generals von Lindequist teil. Morgen Abend begibt sich der Kaiser nach Schlitz in Oberhessen zu einem mehr tägigen Besuch bei der gräßlichen Goerischen Familie.

Berlin, 2. Mai. (Freiherr v. Lehrenthal in Berlin.) Der österreichisch-ungarische Minister des Außen- und Freiherr v. Lehrenthal hatte heute eine 1½ stündige Unterredung mit dem Reichskanzler Fürsten von Bülow in dessen Palais. Der Kaiser hat, wie verlautet, beim Empfang des Ministers und abends nach dem Diner eingehend mit dem österreichischen Staatsmann über die schwedenden politischen Gründe, weil diese an solchen Stellen beschäftigt wurden,

Unterlass-Ermahnung für die am Nachmittag erscheinende Nummer der Sonnabend 11 Uhr. Eine Ermahnung für die nächsten Nummern der Sonnabend, an den vorgerückten Tagen, sofern sie nicht gegeben, ebenso wie für die Rückgabe entsprechender Belege nicht garantiert. Rückhaltende Maßnahmen zur grossen Herrenabschaltung, für welche eingeführter Monatstrichter macht sich die Reaktion nicht verantwortlich.

Schuß der öffentlichen Anlagen. Aue.

Das Abreissen oder Abplücken von Zweigen oder Blumen im hiesigen Stadtgebiet oder den sonstigen Anlagen hiesiger Stadt, das Betreten aller Anlagen außerhalb der geschilderten Wege und Plätze, sowie sonstige Beschädigung derselben werden hiermit erneut strengstens untersagt.

Ebenso wird die Verunreinigung des Parkes und der übrigen Anlagen durch Werfen von Papier oder anderen Abfällen oder durch Verrichten der Notdurft ausdrücklich verboten.

Zurüberhandlungen gegen dieses Verbot werden, soweit sie nicht nach § 304 des Reichsstrafgesetzbuches zu bestrafen sind, mit Geldstrafe bis zu 150 M oder mit Haftstrafe bis zu 14 Tagen geahndet. Eltern, Vormünder, Erzieher und Personen, denen Kinder zur Aufsicht anvertraut sind, werden darauf hingewiesen, daß sie ihre Pflegebefohlenen vor Übertretungen vorangemerkter Art gehörig zu verbauen haben.

Aue, den 29. April 1907.

Der Rat der Stadt.

Polizeibehörung.

J. B. Schubert, Stadtrat. Fidler.

Johannegeorgenstadt.

Einkommen- und Ergänzungsteuer betr.

Gemäß § 46 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 bez. § 28 Abs. 2 des Ergänzungsteuergesetzes vom 2. Juli 1902 werden, nachdem die Ergebnisse der diesjährigen Einkommen- und Ergänzungsteuer - Einschätzung den Beitragspflichtigen bekannt gemacht worden sind, alle Personen, welche ihre Steuerpflicht hier zu erfüllen haben, denen aber die Steuerzettel nicht behändigt werden konnten, aufgefordert, wegen Mitteilung des Einschätzungsergebnisses sich

bis zum 10. Mai 1907.

bei der hiesigen Stadteuereinnahme zu melden.

Gleichzeitig wird bekannt gemacht, daß der am 30. April dieses Jahres fällige I. Termin der Einkommen- und Ergänzungsteuer

spätestens bis zum 22. Mai 1907

zur Vermeidung des Zwangsbetreibungsverfahrens an die hiesige Stadteuereinnahme zu entrichten ist.

Johannegeorgenstadt, am 1. Mai 1907.

Der Stadtrat.

Dr. Wagner.

Bekanntmachung.

Seit 26. April d.s. J. hat sich der soziale Wirtschaftsbetrieb August Eduard Kaufmann von hier ohne Grundangabe von seiner Wohnung entfernt und wird seitdem vermisst, alle Nachforschungen über den Verbleib desselben waren bis jetzt erfolglos. Der selbe soll nach dem Großpöhlauer Staatsforstwirt zu gegangen sein, man vermutet Unfallstod bez. Selbstmord.

Alle Polizeibehörden werden im Ermittlungsfalle oder falls in der Sache Aufklärung zur Kenntnis gelangt, um sofortige Verachtung anhören eracht und folgt dazu nachstehender Schilderung:

Größe: ca. 1,65 m, Statur: schmächtig, gebürtig, Gesicht: kräftiges Aussehen, Haare: feine, trug braune Perücke, Bärme: keine, Bart: grauen Backbart, besond. Kennzeichen: vollständig kahl, braune Perücke, Sprache: erzgebirgischer Dialekt, Kleidung: dunkle rotegefärbte Hose und Weste, braune abgetragene Winterjacke, braune Plüschwintermütze, kurze Schafftstiefel, braun gestr. Unterhose, weißes Bartschenthemd, grauwollne Strümpfe, grünlich wollnen Schal, schwarzwollne Armmitscheln.

Mittergrün, den 2. Mai 1907.

Bleyl, Gemeindevorstand.

Seit 26. April d.s. J. hat sich der soziale Wirtschaftsbetrieb August Eduard Kaufmann von hier ohne Grundangabe von seiner Wohnung entfernt und wird seitdem vermisst, alle Nachforschungen über den Verbleib desselben waren bis jetzt erfolglos. Der selbe soll nach dem Großpöhlauer Staatsforstwirt zu gegangen sein, man vermutet Unfallstod bez. Selbstmord.

Alle Polizeibehörden werden im Ermittlungsfalle oder falls in der Sache Aufklärung zur Kenntnis gelangt, um sofortige Verachtung anhören eracht und folgt dazu nachstehender Schilderung:

Größe: ca. 1,65 m, Statur: schmächtig, gebürtig, Gesicht: kräftiges Aussehen, Haare: feine, trug braune Perücke, Bärme: keine, Bart: grauen Backbart, besond. Kennzeichen: vollständig kahl, braune Perücke, Sprache: erzgebirgischer Dialekt, Kleidung: dunkle rotegefärbte Hose und Weste, braune abgetragene Winterjacke, braune Plüschwintermütze, kurze Schafftstiefel, braun gestr. Unterhose, weißes Bartschenthemd, grauwollne Strümpfe, grünlich wollnen Schal, schwarzwollne Armmitscheln.

Mittergrün, den 2. Mai 1907.

Berlin, 2. Mai. (Bundesratssitzung.) Bei der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde den Ausschüssen über den Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen und über die Uebereinkunft zwischen Frankreich und Deutschland über den Schutz der Werke der Literatur und Kunst der Photographie zugesagt.

Berlin, 2. Mai. Das neue Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten wird, wie verlautet, dem Reichstag am 4. oder 5. M. zugehen, so daß seine Erledigung bis zur Vertragshindernissen nicht erstehen werden.

Berlin, 2. Mai. (Wahlprüfungskommission des Reichstages.) Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschloß, die Wahl des Abgeordneten Schwabach (natl.), Wahlkreis Memel-Heidekrug, zu beanstanden und Beweiserhebung über die Wahlproteste zu beantragen.

Berlin, 2. Mai. (Aus dem Reichstage.) Vor Eintritt in die Tagesordnung gab heute der national-liberale Abgeordnete Freiherr von Heyl eine Erklärung gegen die Angriffe ab, die der sozialdemokratische Abgeordnete Heine gegen ihn wegen der hohen Konventionalstrafen gerichtet hatte, zu denen sich die Angeklagten seines Betriebes angeblich verpflichten müssen. Er stellte fest, daß von seinen mehreren tausend Arbeitern nur mit 30 demartige Verträge abgeschlossen seien, und zwar aus dem österreichischen Staatsmann über die schwedenden politischen Grunde, weil diese an solchen Stellen beschäftigt wurden,